

Selbstverteidigung, Selbstermächtigung, Selbstbestimmung

Von der Selbstverteidigung zur Selbstermächtigung Deutsch-französische Einblicke

WILLI HAJEK

Einstiegsüberlegungen

Einführung

I. Das Kapital und seine Dynamik

II. Prekarisierung und jede/r kann arbeitslos werden

III. Selbstverteidigung und Selbstbewusstsein

IV. Selbsthandeln und soziale Dynamik – Beispiele

V. Ausblick – Soziale Transformation und Organisation

Einstiegsüberlegungen

Es geht mir in meinem Beitrag darum, zwei unterschiedliche Dynamiken in der Gesellschaft sichtbar zu machen, die ganz stark mit dem subjektiven Handeln und der gesellschaftlichen Selbsttätigkeit zu tun haben.

Bei der einen Dynamik, der Kapitaldynamik, sind die Subjekte Ausführende im Prozess der maximalen Verwertung, das heißt, sie haben Aufträge, Zielvorgaben zu erfüllen, Maßnahmen durchzusetzen. Die Folgen dieser Jagd, dieses Anspruchs nach maximaler Verwertung des eingesetzten Kapitals sind zunehmendes gesellschaftliches Unbehagen, allgemeine soziale Unsicherheit, das System verliert an Legitimation und vor allem an Zukunftsfähigkeit zumindest bei einem großen Teil der Bevölkerung. Gerade in Europa wird das zunehmend sichtbar. Der Kampf jeder gegen jeden, die Konkurrenz, wird zum beherrschenden Inhalt der sozialen Beziehungen bis hin zu der Zunahme von Kriegen, um den Zugriff auf die materiellen Reichtümer auf dieser Welt zu sichern.

Die zweite Dynamik, die soziale, entsteht anders. Sie entsteht dort, wo die Menschen anfangen zu fragen: „Wie geht es euch nach Erhalt der Kündigung?“ (Entstehungsfrage des NCI-net) oder: „Was können wir tun gegen die ständigen sozialen Angriffe?“ Sie entsteht als praktischer Ausbruch aus dem Erleiden und Durchleben der ersten Dynamik. Sie kann sich heute sehr schnell ausbreiten, wenn sie gesellschaftliche Unterstützer und Verbreiter findet.

Um diesen Prozess und dessen Wirken beschreiben zu können, stütze ich mich gerade auf die Erfahrungen und den Einblick in deutsche und französische Verhältnisse. Nehmen wir den letzten gesellschaftlich mächtigen und offenen Ausdruck dieser sozialen Dynamik, das war die CPE-Bewegung in Frankreich im Frühjahr 2006. In dieser Bewegung transformierte sich das gesellschaftliche Unbehagen in einen Prozess der gesellschaftlichen Selbsttätigkeit, der gesellschaftlichen Selbstermächtigung.

Sicher, selber agieren und handeln, diese ausbrechende und ausdrucksstarke soziale Fantasie der sich frei Bewegenden auf der Straße und anderen Orten – Bahnhöfen, Schulen, Universitäten, Autobahnen –, wo es darauf ankam, Normalität zu blockieren, den Alltag zu verändern, blieb dennoch auch im Frühjahr 2006 in Frankreich immer auf der Ebene des Abwehrens von Verschlechterungen, in diesem Fall des Arbeitsrechtes. Der Übergang zum Kampf und zum Aufbau von etwas anderem, einer anderen Form des Vergesellschaftens, einer anderen Gesellschaftlichkeit, liegt noch in der Ferne, aber das Begehren, der Wunsch danach wird gerade in den Versammlungen und Aktionen hör- und spürbar.

Der Prozess des Abwehrens der „neoliberalen Reformen“ in allen Bereichen der gesellschaftlichen Beziehungen hat in Frankreich schon 1995 begonnen mit der großen Streikbewegung im Dezember. In Deutschland folgten 1996 die breiten Streikbewegungen der ArbeiterInnen aus den Großbetrieben gegen die Streichung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Sie hatten nicht diesen gesellschaftlichen Umfang und erreichten auch nicht dieselbe gesellschaftliche Tiefe wie in Frankreich. Dennoch, sie zeigten auch hier im Lande die Bereitschaft, selbst aktiv zu werden und eine soziale Dynamik freizusetzen. In Frankreich bringen diese Massenbewegungen von 1995 eine neue Form von Gesellschaftlichkeit hervor, das *tous ensemble*, das zur Grundlage werden kann für eine radikale Infragestellung und praktische Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse. Nicht von ungefähr nennen sich die während dieser Wochen entstandenen *Sud-solidaires*-Gewerkschaften und die *confederation paysanne* seitdem Bewegungen für die soziale Transformation.

Soziale Transformation bedeutet diese Aufhebung der gesellschaftlichen Subalternität und der Übergang zu einer kooperierenden, selbstbestimmenden egalitären Gesellschaftlichkeit. Träger dieser sozialen Dynamik können ganz unterschiedliche Teile der Gesellschaft sein, waren es 1995 die Eisenbahner, so waren es Monate später die *sans-papiers* und die Erwerbslosen, später dann die Bauern, die Beschäftigten im Schul- und Gesundheitswesen und jetzt vor kurzem die Jugendlichen aus den Vororten und die Schüler und Studenten. Wichtig dabei ist, dass es nicht mehr um das korporatistische Interesse einzelner Beschäftigtengruppen geht, sondern um den Wunsch nach einer grundlegenden Transformation der gesellschaftlichen Beziehungen, um die Wiedergewinnung einer selbstbestimmten Zukunft jenseits kapitalistischer Fremdbestimmung. Ein Prozessbericht aus dem Jahre 2006.

Ich werde versuchen, in einem ersten Blick die durch die Kapitaldynamik verursachte Transformation der gesellschaftlichen Beziehungen mit den Worten des alltäglich Erlebten und des gewöhnlichen Menschen zu beschreiben. Denn am Beispiel der Beschäftigten in den Großbetrieben kann dieser Prozess unmittelbar und direkt sichtbar vorgestellt werden. Und der zweite Blick geht gerade auf die Versuche der davon betroffenen Individuen, eine soziale Dynamik zu entfalten, sich zu befreien aus der lähmenden Angst und dem Warten auf das Stellvertreter-Handeln. Diese Gegenwehr geht manchmal aus von Menschen, die anfangen, ihre Gedanken und Fragen zu formulieren und initiativ zu werden, siehe die erste E-Mail, die zur Gründung des NCI-Netzwerkes führte oder das Flugblatt des Andreas Ehrholt, das die Dynamik der Anti-Hartz-Bewegung auslöste oder auch das Aufbegehren der Altenpflegerin in Berlin und ihr Schrei „*mir reicht's*“; das läuft aber auch ab bei den kollektiven Streiks wie bei Opel, wo der einzelne Ruf nach dem „*raus*“ in der Info-Versammlung der Vertrauensleute sich zum kollektiven Marsch aus den Hallen transformiert hat. Wenn das Unbehagen um sich greift, dann kann ein kleiner Schritt etwas Großes auslösen, gesellschaftliche Transformationsprozesse.

Einhergehend aber gerade mit diesen praktischen Initiativen ist die Herausbildung von Organisationen, die diese Aktivitäten und dieses selbsttätige Handeln fördern und unterstützen wollen, also diese Verwandlung der Lohnarbeitenden, der Gleichgültigen, der Gehorsamen, der Befehle Ausführenden, der Exekutanten zu Akteuren, selbstbewussten Produzenten, verantwortlich für ihr Handeln, zu Deserteurern, die Befehle verweigern und neue Zusammenhänge aufbauen wollen und gesellschaftliche Ansprüche formulieren und praktizieren (siehe das Unterstützerkomitee zum „Gate-Gourmet-Streik“ und die Entstehung der Sud-Gewerkschaften in Frankreich und die große Versammlung 2003 auf dem Larzac, organisiert von der confederation paysanne, der alternativen Bauerngewerkschaft um José Bové).

Von daher will der Beitrag Anstoß geben, den Blick in die Gesellschaft und auf den ablaufenden Prozess zu schärfen und dabei besonders das Emanzipatorische des Widerstands, die soziale Dynamik sichtbar zu machen, das übergreifende Bedürfnis nach einer Organisierung der Freien und Gleichen, wo Selbsthandeln und Kollektivität zusammenkommen. Er ist nichts als ein Aufriss, konzentriert sich auch auf einen Teil der europäischen Gesellschaft, nämlich auf die Bewegungen in Deutschland und Frankreich und die dortigen Erfahrungen. Ein kleiner Schritt in einem nur kollektiv zu entwickelnden Prozess der Verständigung.

I. Das Kapital und seine Dynamik

Das Kapital organisiert seine Verwertungskette weltweit. Es sucht hier wie dort nach den besten Bedingungen für die maximale Verwertung. Gleichzeitig intensiviert sich

die gegenseitige Konkurrenz, die Druck macht auf die jeweiligen Kapitalzusammenhänge. Die Manager der Unternehmen sind selbst Teil dieser Maschine und müssen die Umstrukturierungsprozesse voranbringen. Dazu gehören auch in einigen europäischen Ländern Betriebsräte und Gewerkschaften als verantwortungsvolle Institutionen, die diesen Prozess begleiten, aber nicht blockieren oder aufhalten sollen.

Im Alltag bedeutet das, dass niemand mehr einen festen und sicheren Lohn-Arbeitsplatz hat, selbst nicht mal bei der Behördenbahn, wie es so schön in der Juli-Ausgabe der Bahnpostille „mobil“ heißt, die jedem Bahnfahrer kostenlos in den Zügen angeboten wird.

Vorbei ist es auch hier mit dem lebenslangen Arbeitsplatz. Alle, die ihren Arbeitsplatz verlieren, kommen dann in den konzerneigenen Arbeitsmarkt und werden an freiwerdende Arbeitsplätze vermittelt. So findet sich dann eine Beschäftigte aus einem Stellwerk in Berlin bei BMW in der Logistik wieder. Dieser Bereich wurde von BMW an Schenker-Logistik ausgelagert, von daher arbeitet sie bei BMW, ist aber vertraglich gebunden bei Schenker, dem Logistik-Konzern der DB.

Viele sind mitten in dieser Strömung und wissen einfach nicht mehr, woran sie sich orientieren sollen. Altvertraute Sicherheiten brechen weg. Gerade bei den Belegschaften der großen Konzerne wird das heute ganz stark sichtbar. Denn sie hatten ja diese Selbstsicherheit mit dem Bewusstsein: ‚Einmal Opel, immer Opel‘ oder ‚Einmal Bayer, immer Bayer‘. Dieses Selbst ist jetzt angeknackt und das äußert sich dann so:

„Zeit zum Umdenken...für uns selber

Sorglose Vergangenheit ist vorbei. Wir waren in der Vergangenheit in der „Susi-Sorglos“-Atmosphäre bei „Mutter Bayer“ zu sehr behütet. Früher konnte man es sich leisten, den Kopf in den Sand zu stecken. Heute ist diese Zeit vorbei.

Wir müssen selber das Heft des Handelns in die Hand nehmen. Wir möchten mitgestalten und nicht mehr bevormundet werden, wie viele von uns es gewohnt sind.

Unser Ziel: Dass immer mehr Menschen bereit sind, ihr Schicksal nicht einfach hinzunehmen, sondern etwas tun wollen, damit ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen lebenswert bleiben. Denkt und formuliert nicht ständig den unwürdigsten Satz des Jahres „man kann eh nichts ändern“. Gleichgültigkeit hat hier keinen Platz und ist unser aller Feind, denn was alle angeht, können auch nur alle lösen!“¹

So denken abhängig Beschäftigte, und die Manager reden heute aber auch immer mehr Klartext:

Ein Siemensmanager: „Ich empfinde keine Heimatliebe für Deutschland. Verantwortung verspüre ich vor allem gegenüber den Aktionären meines Konzerns“.²

„Vielmehr haben wir die unternehmerische Verantwortung, aus Deutschland heraus eine Bank zu führen, die im Weltkonzert ganz vorne mitspielt. Aber dazu muss

auch unsere Rendite weltweit konkurrenzfähig sein“ (Aus einer E-Mail, die der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann, an alle Mitarbeiter schickte, um die anstehenden Entlassungen zu begründen).

Die Einzigen, die in diesem Konzert die Realität und deren Triebkräfte zu verdrängen suchen und auf dumpfe Gedanken kommen, sind Gewerkschaftsfunktionäre wie der DGB-Politologe Sommer – sie versuchen den vaterlandslosen Charakter der Manager oder wie Lafontaine deren Raffgier anzuprangern und für diesen Prozess verantwortlich zu machen. Vollkommen widersprüchlich, wo doch gerade der Begriff der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft das Meisterwort dieser Sorte von deutschen vaterländischen Gewerkschaftsführern seit Jahren ist. Waren es bei General Motors in Bochum noch die profitgierigen amerikanischen Heuschrecken, die „deutsches Arbeiterblut aussaugen“ (O-Ton aus einem Flugblatt der NPD), so musste sich Ackermann seine schweizerische Nationalität vorhalten lassen und jetzt bei den Entlassungsplänen der Allianz wurden die Manager von diesem Licht der deutschen Nation, dem DGB-Vorsitzenden Sommer, als vaterlandslose Gesellen bezeichnet.

Wer erinnert sich noch an die Heuschrecke mit US-Flagge, abgedruckt in der IG-Metall-Zeitung von Mai 2005?

Nicht nur der klassische Bereich gewerblicher Tätigkeiten ist von einer gewaltigen Rationalisierungswelle erfaßt, sondern auch der Dienstleistungssektor mit hohem Angestelltenanteil. Darüber berichtete die *Jungle World*:

„Die Vertreter treten ab

Nicht nur die Allianz entlässt massenhaft Angestellte. Das gesamte Banken- und Versicherungswesen befindet sich im Umbruch.

Sie demonstrieren mit Schlips und Kragen, Tausende von ihnen gehen auf die Straße. Während die Bilder enttäuschter Arbeiter vor den Werkshallen schon fast alltäglich sind, trifft die neueste Entlassungswelle eine Schicht, die sich bislang ihrer Arbeitsplätze sicher wähnte: Die Angestellten bei den Banken und Versicherungen, diejenigen, die in den Schaltzentralen des Kapitals tätig sind.

Plötzlich protestieren auch sie gegen den Abbau von Arbeitsplätzen und gegen Sanierungspläne. In Köln, Frankfurt, Hamburg und zahlreichen anderen Städten gingen in der vergangenen Woche die Mitarbeiter des Versicherungskonzerns Allianz auf die Straße, Tausende traten in einen Warnstreik. In dieser Woche sollen die Aktionen in vielen Städten weitergehen.

Rund 7500 Beschäftigte will die Allianz entlassen. In einigen Regionen kommt die Entscheidung einer Unternehmensauflösung gleich. So will die Konzernleitung etwa den in Köln ansässigen Teil der Verwaltung abschaffen. Auch beim Tochterunternehmen Dresdner Bank müssen etwa 2500 Angestellte gehen. Was die Mitarbeiter und die Gewerkschaften besonders wütend macht ist der Umstand, dass der Konzern nicht etwa vor der Pleite steht, sondern enorme Gewinne macht, zuletzt weit über vier Milliarden Euro.

„Es gibt in Deutschland Unternehmen, denen der Profit wichtiger ist als die soziale Verantwortung, die sich als vaterlandslose Gesellen herausstellen“, schimpfte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer. Die Allianz sei dabei „nur ein trauriges Beispiel“, fügte er hinzu. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di forderte wegen der Massenentlassungen bei der Allianz gar ein gesetzliches Kündigungsverbot für profitable Unternehmen. „Wir erwarten, dass die Bundesregierung Stellung bezieht“, erklärte Uwe Foullong vom ver.di-Bundesvorstand dem Berliner Tagesspiegel.

Die vaterländischen Appelle muten jedoch reichlich hilflos an. Denn während bislang zumeist die ausländischen „Heuschrecken“ als Symbol für einen skrupellosen Kapitalismus dienten, geht es nun um Unternehmen, die elementar mit der deutschen Wirtschaft verbunden sind. Der Allianz wie auch der Deutschen Bank gelang es bisher, sogenannte feindliche Übernahmen abzuwehren. Stattdessen expandiert sie selbst international im großen Maßstab. Im vergangenen Jahr kaufte sie die italienische Versicherung RAS für 5,7 Milliarden Euro auf. Zudem hält die Allianz die Mehrheit bei einigen französischen und US-amerikanischen Firmen. Und daran soll sich auch in Zukunft nichts ändern.

„Das sind schmerzliche, aber notwendige Schritte, um die Wettbewerbsfähigkeit der Allianz nachhaltig zu sichern“, verteidigte ein Sprecher des Konzerns die Entlassungen. Schließlich habe der Versicherer in den vergangenen Jahren rund eine Million Kunden an die Konkurrenz verloren.

Tatsächlich sind die Entlassungen bei der Allianz nur ein kleiner Teil einer umfassenden Veränderung in der Finanzbranche. Zehntausende Stellen wurden in den vergangenen Jahren in der Branche gestrichen und viele weitere werden noch folgen. Erst kürzlich kündigte die Deutsche Bank Tausende Entlassungen an, obwohl ihre Geschäfte florieren wie noch nie. Die Bausparkasse Wüstenrot teilte in der vergangenen Woche mit, dass sie jede vierte Stelle in ihrem Unternehmen abschaffen will. Die Ergo-Gruppe, die Nummer zwei in der Versicherungsbranche, will nach Angaben von ver.di Tausende Arbeitsplätze streichen. Von Generali, der Nummer drei, sind ähnliche Pläne bekannt.

Ausschlaggebend dafür sind die Rationalisierungsprozesse im Banken- und Versicherungssektor, die an die Massenentlassungen in der Autoindustrie erinnern. Die Unternehmen werden ‚verschlankt‘, viele Arbeitsprozesse an Zulieferer ausgelagert. Die Automatisierung erfasst die ganze Branche. So hat die Ergo-Gruppe ihre Policen für Kfz standardisiert, die von den vier Tochterunternehmen jeweils unter anderem Namen angeboten werden. In jeder einzelnen Firma der Versicherungsgruppe werden hunderte Mitarbeiter überflüssig.

Für Oskar Lafontaine, den Vorsitzenden der Linkspartei im Bundestag, liegt indes eine simple Antwort näher. Seiner Meinung nach liegt der Fehler nicht im System, sondern an der unmoralischen Haltung einzelner Akteure. „Die Manager kriegen den Hals nicht voll“, kommentierte er kürzlich die Pläne des Allianz-Konzerns. „Um die Börsenkurse steigen zu lassen und so den eigenen Reichtum zu mehren, betreiben die Manager einen unverantwortlichen Stellenabbau.“ Für

einige der ehemaligen Schlips- und Kragenträger eine vielleicht durchaus attraktive Erklärung.“³

Die kapitalistische Produktionsweise hat ihre eigene Dynamik. Die Entlassungen sind nicht das Resultat eines allgemeinen Plans, dessen Ausführung und Kontrolle in der Hand der Regierungen liegt. Marx bezeichnete diese Dynamik als Ausdruck der blinden Gesetze der kapitalistischen Konkurrenz, wo jedes Unternehmen Entscheidungen trifft, die diktiert werden durch die Maximierung des Profits und das Überleben gegenüber den Konkurrenten. Genau das ist fast drei Jahrzehnte lang nach dem 2. Weltkrieg nicht so sicht- und spürbar gewesen. Jetzt aber versucht die Politik durch ihre unterstützenden Maßnahmen gerade diese ‚Befreiung‘, diese Entfesselung des Wertgesetzes durchzusetzen. Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung nennt sich dieses Programm. Die sozialen Bewegungen können das jedoch zeitweise blockieren, also die Schnelligkeit der Durchsetzung dieser Kapitaloffensive behindern. Die Regierungen müssen dann einen Umweg gehen. Gutes Beispiel ist die geplante europäische Verfassung und die umstrittene Dienstleistungsrichtlinie in Europa.

Diese Dynamik wird auch innerbetrieblich spürbar. Die Kapitaldynamik, die maßlos und ständig auf der Suche nach besseren Ausbeutungsmöglichkeiten ist, schürt die Unruhe. Das findet Ausdruck im Benchmarking, das den ständigen Vergleich von Praktiken der Organisation und Ausbeutung weltweit anstellt und das sowohl innerhalb des eigenen Konzerns als auch innerhalb der Branche.

Anschaulich schildert das ein Kollege in einem kurzen Brief an die Basisbetriebsräte bei Bayer, nachdem er sie vor den Betriebsratswahlen beim Flugblattverteilen unterstützt hat:

„Liebe Basisbetriebsräte,
ich möchte Euch sagen, die Verteilung Eures Flugblatts am Gebäude 4818 hat mir Spaß gemacht. Nicht nur wegen der freundlichen Atmosphäre vor Ort, sondern auch wegen des Inhalts.

Spricht es doch dafür, dass ihr nicht irgendeinem Himmel entstiegen seid, um den Leuten Botschaften zu verkünden, sondern dass ihr Euch der Realität einer sich ändernden Welt stellt und auch andere auffordert, ihren Weg zu finden – wenn sie es für richtig halten, mit Euch zusammen. Das gefällt mir.

Und aus eigener Erfahrung möchte ich den Satz in Eurem Blatt unterstützen: „Sich zusammenschließen ist nichts Neues, es ist uns nur ein wenig verloren gegangen. Dabei kann man auch erfahren, dass es Spaß machen kann, die Sache selbst in die Hand zu nehmen.“

Ich habe 23 Jahre bei Hoechst und Folgeunternehmen gearbeitet. In einer ähnlichen Situation, wie jetzt bei Euch, haben wir uns mit einer Gruppe von Kollegen, die alle noch nie Betriebsräte waren, einer für uns negativen Entwicklung entgegengestellt und schließlich auch für den BR kandidiert.

Mit einer Wahlbeteiligung von über 98% sind wir dann auch gewählt worden

und haben uns in der Folgezeit - drei Fusionen fielen in unsere Amtszeit – mit allerlei jungen, alten, deutschen, französischen, spanischen, englischen, niederländischen Managern – ich sag mal – auseinandergesetzt.

Aufgrund des großen Rückhalts war man auf der Gegenseite des Tisches gezwungen, uns ernst zu nehmen – und meist, nicht immer, handelte es sich um Leute, bei denen es sich von unserer Seite auch lohnte, sie ernst zu nehmen.

Ich möchte Euch ja nicht meine Geschichte erzählen, sondern nur auf einen Punkt eingehen: (ich zitiere wieder Eure Zeitung)

„Wissen über die Funktionsweise der heutigen Arbeitswelt ist eine wichtige Basis, aber dies alleine genügt nicht. Man muss darüber reden, diskutieren, das Wissen anwenden.“

Durch die besagten drei Fusionen hatten wir zahlreiche Gelegenheit, Erfahrungen darin zu sammeln, was Manager antreibt, so zu handeln, wie sie handeln – ähnlich, wie ihr schreibt: Bei roten Zahlen müssen „wir“ sparen, weil die Zahlen schwarz werden müssen – sonst machen wir eh zu. Bei einigermaßen schwarzen Zahlen müssen wir sparen, weil die Wettbewerber noch schwärzere Zahlen haben und „wir“ drohen zurück zu fallen. Bei hervorragenden schwarzen Zahlen – s. Deutsche Bank – müssen „wir“ sparen, weil man alles unternehmen muss, um die Spitzenposition zu halten, denn „... die Konkurrenz schläft nicht!“ – Und außerdem sind die Zahlen in den USA noch schwärzer „... und damit werden wir verglichen“.

Was das „wir“, in Anführungszeichen, heißt, wisst ihr selber gut genug: Wir sollen sparen, und die, die erreichen, dass wir sparen, erhalten dafür Prämien, dass uns Hören und Sehen vergeht.

Und beim Sparen geht so nach und nach alles drauf, was uns das Leben einigermaßen (das ist von Fall zu Fall unterschiedlich) sorglos gemacht hat: Das Geld, die Freizeit, die Menschlichkeit.

„Wir waren erst eine Hoechst Gesellschaft, wurden dann eine von Hoechst und BASF, wurden dann eine BASF-Gesellschaft, dann eine von BASF und Shell und kürzlich ist die ganze Firma für 4,4 Mrd. \$ in den Besitz eines russisch-amerikanischen Investmentfonds übergegangen.

Alle Käufe wurden so abgewickelt, dass die Firma mit hohen Krediten belastet wurde, die – soviel ich weiß – von Verkauf zu Verkauf höher wurden (ich nenne es der Einfachheit halber Verkäufe, juristisch hieß es meist anders, was auch rechtlich nicht ganz unwichtig ist).

Ihr wisst, das ist eine Geschichte von vielen, die so abgelaufen sind.

Immer wurden wir neu „gebenchmarkt“. Immer mit den restlichen Unternehmen des neuen Konzerns und nachher mit der ganzen Welt.

Immer waren wir erstaunlicherweise ziemlich unten, und wie die Mohrrübe beim Esel, wanderten wir nach den ersten einschneidenden Sparmaßnahmen etwas nach oben, aber, wie gesagt, nie hoch genug, um Ruhe zu haben.

Eins ist sicher: Ruhe gibt es nie mehr!!!

Und was noch sicher ist: Sie werden von Jahr zu Jahr bekloppter!!!

Und diejenigen, die Euch nach irgendeinem Einschnitt Ruhe und Sicherheit versprechen, die wissen, dass sie lügen!!! – gleich ob sie aus dem Management oder von der IGBCE sind. – Aber das wisst ihr ja auch.

Wir wurden also analysiert, verglichen, bewertet. Man kommt sich mit der Zeit immer nackter vor. Und immer von den Herren zwischen 30 und 40, mit den sündhaft teuren und endlos geschmacklosen (subjektiv!) Krawatten, aber immer mit den neuesten Handys und Laptops.

Sie sind endlos freundlich, aber irgendwie zum Kotzen.

Sie analysieren Dich: Die Produktion und die Logistik, die Forschung und die Verwaltung. Sie legen heute die Forschung mit Frankreich zusammen und die Verwaltung mit Frankfurt. Sie sourcen heute die Logistik aus und kaufen sie morgen woanders zurück. Sie holen heute einen Caterer in die Kantine, schließen sie morgen und übermorgen fressen wir BigMacs. Sie zentralisieren hier und dezentralisieren dort – aber eins ist sicher: Überall weisen sie hervorragende Synergieeffekte aus, denn nach denen werden sie bezahlt.

Ihre Folien stellen eine Welt dar, die bis zu ihrem Eingreifen grenzenlos pessimistisch war und durch sie grenzenlos optimistisch wird. Die Folien sind eine eigene Welt, die nur geringfügig was mit Eurer Welt zu tun hat. Aber nach der funktioniert das Management. Manche da oben reagieren begeistert, manche widerwillig. Manche strahlen diesen falschen Optimismus in einer widerwärtigen Penetranz ständig mit aus, andere werden ebenfalls immer verzweifelter angesichts dieses skurrilen Theaters, das mit unseren Jobs veranstaltet wird.

Aber skurril ist es nur aus der Sicht desjenigen, der denkt, arbeiten hat was mit nützliche Dinge herstellen zu tun und unternehmen was mit volkswirtschaftlich verantwortlichem Handeln.

Für die ist das alles völlig skurril. Und zum Glück gibt es noch Menschen, die so unvernünftig sind, vernünftig zu denken.

Sind die anderen blöd?

Auf keinen Fall. Sie sind – meist? oft? manchmal? – hochintelligent, haben auf jeden Fall die neuesten Laptops und die beste Software.

Was sie tun, sie folgen den mehr oder weniger kurzfristigen Vorgaben des aktuellen Geldgebers, der Eigentümer.

Ok, ok, ihr habt auch Aktien. So seid ihr zwar minimale Geldgeber, aber mitnichten Eigentümer. Das sind die großen.

(Außerdem, haben die Aktien nicht meist dazu gedient, uns bei Laune zu halten?)

Die Großen sind die Fonds. Wenn ihr Euch im Aktionärsbericht ansieht, wer neben Euch noch so einige 100.000 Aktien hat, so sind es viele große Fonds.

Die wiederum sind ihren großen Geldgebern verpflichtet, und die kaufen die Katze nicht im Sack, die wollen wissen, wie sicher sich ihr Geld vermehrt. Und darum kaufen die Fonds die Katze auch nicht im Sack und wollen wissen, wie die Unternehmen funktionieren. Und um das herauszufinden, dafür sind die Herren mit den geschmacklosen Krawatten (subjektiv!) da.

Speziell das SAP hat ihnen die Mittel an die Hand gegeben, alles zu ermitteln

und alles zu vergleichen – weltweit.

Sie erfassen jedes Anlagenteil bis zum kleinsten Aggregat und ordnen ihm einen Personalanteil zu, bis zur dritten Stelle hinter dem Komma. Sie vergleichen weltweit die Logistikkosten im Vergleich zu den Produktionsmengen und die Energiekosten zum Rohstoffeinsatz. Es gibt nichts, das sie nicht vergleichen können: Zum Beispiel den Verbrauch des Toilettenpapiers im Verhältnis zur Eingasmenge in einer Kunststoffherstellung – kein Problem – weltweit!

Damit wird berichtet und gebenchmarkt und dann taucht „ihr“ im weltweiten Vergleich an der fünftletzten Stelle auf und Euch werden die Daten genannt, wann die letzten vier geschlossen werden – und dann sollt ihr Euch anstrengen...

Sich in diesem Theater zurechtzufinden ist nicht einfach – und sich da als Betriebsräte einigermaßen vernünftig zu verhalten – ein Barfußstanz auf Reißzwecken ist dagegen eine Wellnessfußmassage. Und wenn ihr Betriebsräte werdet – herzlichen Glückwunsch!

Trotzdem, wenn ihr es schafft, Euch an Euren vier Grundsätzen zu orientieren, dann habt ihr eine Chance.

Mit den besten Wünschen

Euer Verteiler von 4818.“

Die Bedürfnisse nach maximaler Verwertung prägen auch die Entscheidungen, die Produktion in andere Länder mit niedrigerem Lohnniveau und geringeren Umweltauflagen zu exportieren. Auch hier kann es dazu kommen, dass solche Pläne gestört werden durch die Entschlossenheit von Belegschaften, ohne dass die Logik der Kapitalstrategien dadurch außer Kraft gesetzt wird. Doch genau das müssen wir uns als Ziel setzen. Fortschritte auf diesem Wege müssen sich in einer anderen Gesellschaftlichkeit zeigen, die sich der Verwertungslogik entgegenstellen und einen Prozess der sozialen Transformation einleiten.

Als Hindernis erweist sich hierbei der Umstand, dass viele die Macht der Politik, der etablierten ‚Geschäftsführung‘ überschätzen. *„Die Verantwortlichen sollen anders handeln, andere Maßnahmen treffen“*, heißt es oft in der Linken, die sich damit oft als handelndes Subjekt verabschieden. Die soziale Bewegung muss sich stärker selbst ermächtigen, ihre Optionen durchzusetzen, und dabei Anstrengungen unternehmen, zu einer europäischen und transnationalen Bewegung zu werden. Dieser Grundgedanke ist vorhanden in der sozialen Bewegung in Frankreich. In der Bundesrepublik fehlt er fast ganz.

II: Prekarisierung und jede/r kann arbeitslos werden

Die Typisierung der neoliberalen Umwälzung der Arbeitswelt als Prozess allgemeiner Verunsicherung, als Prekarisierung, wurde in den 90er Jahren in der französischen Debatte vor allem durch Pierre Bourdieu entwickelt. Dort haben auch einzelne Ge-

werkschaften in Frankreich versucht, ihn in ihre alltägliche Praxis aufzunehmen und eine entsprechende Gegenwehr aufzubauen.

Im Unterschied zur Debatte in den etablierten deutschen Gewerkschaftsapparaten und großen Teilen der Gewerkschaftslinken wird Prekarisierung in Frankreich nicht nur an einer wenn auch wachsenden Randgruppe festgemacht, sondern sie beschreibt einen Prozess, der zunehmend auch diejenigen gedanklich wie praktisch erfasst, die momentan noch gesicherte Einkommen oder hohe Abfindungen haben. Diese sog. Kernbelegschaften standen dieser Entwicklung auch lange Zeit gleichgültig gegenüber und fühlen sich in ihren Großunternehmen vor den sozialen Stürmen und Verunsicherungen sicher.

Die Prekarisierungsthese ist in Frankreich zur Grundlage für eine breite gesellschaftliche Debatte geworden, zumindest nach den großen Streikkämpfen von 1995 und sie hatte praktische Konsequenzen für die dortige gewerkschaftliche Landschaft. Sie hat ein besseres Verständnis dafür entwickelt, was die soziale Verunsicherung mit den auf abhängige Arbeit angewiesenen Menschen macht.

Eine fatale Konsequenz ist Selbstaufgabe und totaler Gehorsam, die Bereitschaft, selbst anspruchloser Teil der Produktions- und Verwertungsmaschine zu werden, alles mitzumachen, den totalen Zugriff auf das Individuum und das Leben hinzunehmen, nur um durch das maßlose Arbeiten und Gehorchen die verlorene Sicherheit wiederzugewinnen. Die Gebote dieses neuen Lebens sind dann: Ich habe keine Ansprüche mehr. Ich mache alles mit. Ich führe jeden Befehl aus. Vereinzelung und asoziale Gesellschaftlichkeit sind die Folge. In diesem Anspruch des Kapitals an den Einzelnen als Teil der Wertschöpfungsgemeinschaft liegt das totalitäre Moment dieses Prozesses, der Terror der Ökonomie, so wie ihn Viviane Forrester beschreibt.

Dazu kommt eine immer stärkere Gleichgültigkeit gegenüber dem eigenen Tun und dessen Folgen für die Gesellschaft: „*Hauptsache, ich habe Arbeit, alles andere kümmert mich nicht*“.

Dieser negative Transformationsprozess ist in den europäischen Gesellschaften in vollem Gang, trifft aber auf unterschiedlich starke Widerstandskräfte.

Am Beispiel der Widerstände in Deutschland und Frankreich wollen wir das sichtbar machen.

III: Selbstverteidigung und Selbstbewusstsein:

Sich wehren, standhaft bleiben, sich gegen den Wind stemmen, der einen mitzureißen droht.

Dazu ein Beispiel aus einem der großen Pharmakonzerne, von Bayer aus Leverkusen. Hier gibt es eine langjährige Tradition oppositioneller kritischer Betriebsarbeit:

Bayer – aus einem betrieblichen Flugblatt vom August 2006:

„Info THR-Austausch

Selbst denken ist der höchste Mut.

Wer wagt, selbst zu denken, der wird auch selbst handeln.

(Bettina von Armin)

Angst ins Shared Service Center zu müssen?

Angst in die Abteilung bedarfsgerechte Einsätze zu müssen?

Angst vor dem Arbeitsplatz-Verlust?

Die beste Medizin gegen Angst heißt: Information.

Denn Angst hat man nur vor dem Unbekannten!

Die meisten von uns sind völlig verunsichert über ihre Zukunft. Von einem Tag auf den anderen sind wir von einem sicher und gut bezahlten Arbeitsplatz bei Bayer in die Situation geraten, zu einer dubiosen Bayertochter überführt zu werden. Mit wesentlich schlechteren Arbeitsbedingungen und einer ungewissen Zukunft. Dieses Info soll dazu dienen, praktische Ratschläge zu geben und mögliche Optionen aufzuzeigen. Die vielen offenen Punkte in dem Prozess von THR zu benennen. Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Unsere Richtschnur ist, dass wir gemeinsam für jeden die persönlich beste Lösung erreichen wollen. Wir müssen wieder anfangen, uns selbst verteidigen zu lernen. Selbsthilfegruppen aufbauen. Das Internet nutzen zu der freien und offenen Verständigung. Also genau den Schritt zu gehen, den die NCI-Netzwerker von Siemens vor drei Jahren angefangen haben zu gehen.“

Es kommt nicht von ungefähr, dass Aktive vom NCI-Net-Siemens auch schon in Leverkusen und Wuppertal waren und den BasisgewerkschafterInnen über ihre Erfahrungen berichtet haben.

Diese ersten praktischen Schritte mit dem Aufbau von Selbsthilfegruppen, von Netzwerken sind Formen der Selbst-Verteidigung, um nicht vollkommen unter die Räder zu kommen. Gleichzeitig beginnt aber auch eine Entdeckungsreise hin zum Selbstdenken und Selbsthandeln, die fortschreitend auch übergehen kann zu einem Prozess der kollektiven Selbstermächtigung, wie es sich in den letzten Jahren gezeigt hat in den Streikformen und Aktionen bei Opel in Bochum, bei Gate-Gourmet in Düsseldorf, bei der Besetzung der Bundesstrasse 10 durch die Mettinger Daimlerbelegschaft, den mehrtätigen Betriebsversammlungen bei Alstom in Mannheim, dem mehrwöchigen Streik der überwiegend migrantischen Belegschaft von Bosch-Siemens in Berlin und im Oktober 2006 durch die Straßenblockade der Bayer-Belegschaft in Leverkusen (siehe www.basisbetriebsräte.de).

Betrachtet man die auslösenden Ereignisse genauer, wie es zu diesen Prozessen kam, dann waren es auch dort oft erste Schritte zur gemeinsamen Verständigung - eine Frage auf dem schwarzen Brett oder eine Betriebsversammlung, auf der viele ihr Unbehagen öffentlich machten und damit anfangen, das vereinzelte Leiden zu ‚vergesellschaften‘.

Die Dynamik, die sich hier zeigt, bleibt aber noch auf den Einzelbetrieb beschränkt. Es fehlt die Vision für das Selbsthandeln, die Vorstellung einer anderen Gesellschaftlichkeit, in der jeder gebraucht wird und den Existenzängsten der Boden entzogen

werden kann. Die Selbstverteidigung ist die Antwort auf die Infragestellung der sozialen Integration. Doch eine Zukunft entsteht daraus nur, wenn die Betroffenen sich mehr zutrauen als die illusorische Wiederherstellung des ‚gesicherten‘ Lohnarbeiterdaseins. Aus der Selbstverteidigung müssen kollektive Vorstellungen entstehen, die auf eine soziale Transformation zielen.

Frankreich: Solidarität mit Einzelnen führt zum Ärger von Tausenden – Französische Gewerkschaften nutzen Einzelfälle für die Mobilisierung

Am 26. Februar 2005 brachte die FAZ einen Bericht über Streikbewegungen am Pariser Flughafen Orly. Es ging um einen tödlichen Unfall an einer Gangway, die beim Aussteigen an die Flugzeuge herangeschoben wird. Eine Flugbegleiterin war abgestürzt. Trotz vieler Kritiken in den letzten Monaten von Gewerkschaften und Sicherheitspersonal wurden die Arbeiten mit Unterbesetzung durchgeführt. Nach dem Unfall wurde der alleinverantwortliche Transportarbeiter von der Air France-Leitung wegen Fahrlässigkeit suspendiert. Sofort riefen Sud Aerien und zwei andere Transportgewerkschaften zu einem unbefristeten Streik auf wegen der Vorwürfe gegen den Mitarbeiter und der Beurlaubung des Kollegen. Tausende Fluggäste mussten warten. Viele Flüge fielen aus. Breit wurde ein Flugblatt an die Passagiere verteilt, das über die Zustände auf dem Flughafen und die Arbeitsbedingungen informierte. Durch solche Aktionen bekamen die Flugnutzer eine Vorstellung vom internen Ablauf der gesamten Flugorganisation.

Die FAZ schrieb (nicht ohne Erstaunen): „Häufig nehmen die Gewerkschaften auch die Schicksale einzelner Mitarbeiter und nicht den Protest gegen allgemein verbindliche Regelungen zum Anlass, um zu Streiks aufzurufen“.

Zitat aus dem Info-Blatt an die Passagiere: „Der Mann hat die Treppe alleine manövriert. Daher solle Air France mit zusätzlichen Mitarbeitern am Boden dafür sorgen, dass solche Unfälle in Zukunft verhindert werden. Stattdessen aber plane die Flugesellschaft unter dem Druck der Billiganbieter einen weiteren Personalabbau“.

Nach fünf Tagen ging dieser wilde Streik zu Ende und die verborgene Realität war öffentlich gemacht.

IV. Selbsthandeln und soziale Dynamik – Beispiele

Bericht aus dem Innern des Motors: Agentur für Arbeit in Frankreich/ANPE

Fabienne Brutus, Mitglied bei Sud Anpe (Gewerkschaft in der Agentur für Arbeit) und bei Attac. Sie ist Beraterin, 31 Jahre, großgeworden in Roubaix, erzogen zum Respekt gegen andere und für die Egalite. Mit 24 Jahren Mutter, dann geschieden. Sie zog ins Aude, nach Limoux, arbeitete dort in einem Kulturladen. Irgendwann stand sie auf der Straße, erwerbslos. Ein Jahr lang besuchte sie ständig die Agentur

für Arbeit. Hier wurden Berater und Arbeitsvermittler gesucht. Sie bewarb sich und wurde genommen.

Gleich zu Anfang bekam sie ein Rundschreiben der Leitung, das allen Beschäftigten der ANPE, Agentur für Arbeit in Frankreich, ein striktes Schweigen über betriebliche Vorkommnisse und Ereignisse verordnete. Die Regelungen sind schärfer gefasst als für Steuerbeamte.

Frankreich spricht mit einer Stimme, nämlich der Stimme der Regierung, und die Medien verbreiten das. Die Zahl der Erwerbslosen wird geringer, behaupten diese. Genau das konnte sie nicht mehr ertragen, einfach zuzuhören und alles hinzunehmen. Seit vier Jahren ist sie bei der ANPE beschäftigt und erlebt die Realität jeden Tag, wie es mit den tollen Arbeitsplätzen aussieht. Ein Teil der Zeit wird damit verbracht, die Statistiken so zu verändern, die Zahlen so zu verschieben zwischen den Kategorien, dass nominell weniger Erwerbslose herauskommen auf dem Papier.

Was tun? Öffentlich machen, aber wie? Anruf bei Daniel Mermet, Moderator einer sehr beliebten Sendung auf dem Radiosender „France inter“ täglich zwischen 17 und 18 Uhr. Zuerst noch mit falschem Namen und anonym begann sie eine Enthüllungsgeschichte. Aus diesem Erleben, den erzählten Geschichten wurde ein Buch, das die Innenwelt, das Innenleben einer Behörde schilderte, den Alltag. Am 30. März 2006 ist dieses Buch über die streng gehüteten Geheimnisse der Erwerbslosigkeit in 6.500 Exemplaren erschienen.

Dieses Buch will Zeugnis ablegen über das Leiden der Arbeitssuchenden wie auch der Berater. Es berichtet über die Manipulation der Zahlen und Statistiken, die zum Bestandteil der Arbeit der Beschäftigten in der Behörde geworden ist.

Du hörst die öffentlichen Verlautbarungen der Leitung und du siehst und erlebst die Realität. Zwei Welten und es ist wichtig, dies der Gesellschaft mitzuteilen. Zunehmend werden die Beziehungen zwischen Arbeitssuchenden und Berater angespannter. Außer Schikanen, Kontrollen haben die Berater ihnen nichts anzubieten.

Sie machen sich Sorgen um all das, was die Leute mitbekommen und privat behalten sollen, anstatt es öffentlich zu machen. Die Kollegin will aber ihre Arbeit gut machen. Sie erhielt viele Schreiben von Kollegen, die sie unterstützen. Endlich hat einer ausgesprochen, was wir täglich erleben und auch richtig erleiden.

In ihrem Buch zeigt sie, wie Statistiken gefälscht werden, wie Leute mutwillig von der Unterstützungsliste gestrichen werden, wie öffentliches Geld verschwendet wird.

Das Buch stößt auf breites Interesse. Ein Leser schreibt dazu im Internet: „Wir erleben heute eine Hierarchie, die vollkommen der Politik untergeordnet ist, die Maßnahmen erzwingt, um radikal die Zahlen zu senken. Gleichzeitig Prämien vergibt für die Gangster. Der Berater ist direkt der zunehmenden Aggression verzweifelter Arbeitssuchender ausgesetzt. Eigentlich wird ein Mittel gesucht, sie alle verschwinden zu lassen. Vielleicht löst die Verteilung des Buches Revolten aus, ich hoffe es.“

So ist Einiges in Bewegung gekommen. Gewerkschaften haben das aufgegriffen und Beschäftigte haben sich öffentlich geweigert, Arbeitssuchende aus den Listen zu streichen oder Sanktionen zu verhängen. Langsam formierte sich eine soziale Dyna-

mik, in der die Beschäftigten zum Ausdruck bringen: „Nein, das machen wir nicht mit, wir wollen unsere Arbeit zum Nutzen des öffentlichen Wohls machen, für die Arbeitssuchenden. Wir sind keine private Agentur der Regierung und untertänige Erfüllungsgehilfen.“

Vor diesem Hintergrund ist die *Erklärung zur beruflichen und bürgerlichen Ethik von Sud ANPE 81* (14. Januar 2006) zustande gekommen:

„Unsere Aufgabe ist es vor allem, den Arbeitssuchenden (AS) zu helfen, eine Beschäftigung zu finden und das erwarten auch die Arbeitssuchenden von uns. Aber es gibt einfach keine Arbeit für Alle.

Die Zunahme von Gesprächen, die ständigen Aufforderungen zum Besuch der Agentur werden keine Arbeit schaffen, sondern erhöhen nur das Risiko für die AS, gezwungen, schikaniert und abgestraft zu werden.

Wir, Beschäftigte der ANPE, erklären, dass wir auf keine Weise Menschen schaden wollen, die schon durch den Verlust der Beschäftigung und des Einkommens verletzt sind.

Wir verweigern uns, sie auszugrenzen und wir werden keine Streichung mehr durchführen, ohne vorher die moralischen und menschlichen Folgen mitzubeachten.

Wir schlagen Angebote vor, wir zwingen aber Angebote nicht auf. Wir werden die AS nicht zwangsweise in kleine Kästen stecken. Wir erpressen sie auch nicht mit Streichung.

Wir verweigern uns auch, der Wut der AS ausgesetzt zu werden. Wir verweigern uns, eine soziale Polizei zu sein, angewiesen zur Unterdrückung anstatt als öffentlicher Ratgeber für Beschäftigung agieren zu können.

Weder AS noch Beschäftigte der ANPE sind verantwortlich für den Zustand des Arbeitsmarkts und für die wachsende Prekarisierung. Wir sind mit den AS solidarisch.

Wir weigern uns, falsche Zahlen, unlautere Angebote und leere Unterhaltungen zu produzieren, und wir werden unsere beruflichen Praktiken dazu einsetzen, den Nutzern unserer Dienste zu helfen im vollen Respekt ihrer bürgerlichen Rechte.“

Die Beschäftigten der ANPE aus dem Tarn gewerkschaftlich organisiert bei SUD (Sud-anpe.81@wanadoo.fr).

Die Erklärung erhielt viel positive Resonanz. Ihr Tenor entspricht den folgenden Wortmeldungen:

„Ein großes Danke, diesen ersten mutigen Schritt gemacht zu haben – wir wünschen uns alle eine Epidemie von diesem Typ von mutigem Handeln/ Michel Berthelot“

„Es ist höchste Zeit, dass dies endlich ausgesprochen wird in diesen Worten. Danke./ Martine“

Auch wenn diese offen bekräftigende Position nicht die Zustimmung aller Beschäftigten in den Agenturen findet, wird doch deutlich, dass auf diesem Wege neue Formen der Verständigung der Lohnabhängigen entstehen können, für das *tous ensemble*, das den korporatistischen Konsens mit den staatlichen Auftraggebern zerbricht und eine solidarische Gesellschaftlichkeit hervorbringt.

Wie sich das buchstabieren läßt, kann man einer „Erklärung der CGT – Sud zur Lage in den Ämtern“ entnehmen:

„Die Situation wird ernst in den Agenturen und die Leitung scheint sich darüber nicht klar zu sein.

Die Angriffe auf den Ämtern häufen sich, die Agentur selbst wird zur Zielscheibe, einige der Gebäude sind schon abgebrannt. Politiker und Sozialpartner/CFDT – Gewerkschaft und Medef / Unternehmerverband/ machen Druck auf die Erwerbslosen. In Wirklichkeit geht es darum: Die Leute sollen mehr und mehr kontrolliert werden, Misstrauen ihnen entgegengebracht werden, sie sollen als potentielle Betrüger angesehen und behandelt werden.

Die Beschäftigten sollen sich zum Zivilfahnder transformieren. Die Berater kommen immer mehr in eine Zwangsmühle.

Aufruf zum Widerstand:

Wir wollen den Kollegen keinen Schaden zufügen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, wir werden die Kollegen nicht ständig unter Druck setzen, wir sind keine soziale Polizei. Sud fordert seine Mitglieder auf, keine Sanktionen auszusprechen, die die soziale und persönliche Integrität und Würde der erwerbslosen KollegInnen beschädigen.“

In einem vorläufigen Höhepunkt dieser sozialen Dynamik ging am 13. Juni ein Viertel der Beschäftigten der Arbeitsagenturen in Frankreich zu einem nationalen Streiktag auf die Straße, um dafür zu demonstrieren, als Berater und Unterstützer der Erwerbslosen zu arbeiten und nicht als Sozialschnüffler und soziale Polizei.

Wer erinnert sich an Erwin Bixler?

Er hat fast dasselbe erlebt in seinem beruflichen Alltag wie Fabienne Brutus. Große Politikerreden und falsche Zahlen. Auch er hat nach langem Zögern als gesellschaftliches Individuum gehandelt und das öffentlich gemacht: Im Februar 2002 meldete die Bundesanstalt vier Millionen Erwerbslose und ihr Vorsitzender Jagoda erklärte, es würden zwei Millionen Arbeitslose über die Ämter vermittelt. Doch die Statistiken waren gefälscht. Erwin Bixler, kleiner Beamter, wollte nicht mehr schweigen, nicht mehr Komplize sein. Ein mutiger Schritt. 10 Jahre hatte er mit sich gerungen. Dann wagte er den Schritt. Interne Kritik war ergebnislos geblieben. Bixler belegte sehr genau, wie die Arbeitsämter die Vermittlungen aufblähten. Das Ganze wurde aufgegriffen und verbreitet von Monitor. Folge: Jagoda, der damalige Chef der Bundesanstalt für Arbeit, musste gehen. Das Amt hiess nun Agentur. Gerster kam und

die Hartzgesetze verwandelten eine recht unwirksame Behörde in ein neoliberales Institut für Verfolgungsbetreuung.

„Ich kann mich noch sehr gut an den Moment erinnern, wo ich mir gesagt habe: Jetzt geht's los. Das war drüben im Heizraum, ich habe eine Zigarette geraucht, und die einzige Überlegung, die ich hatte, war: Ich bin Beamter auf Lebenszeit, ich begehe kein Verbrechen, wofür sie mich einbuchen können oder aus dem Beamtenverhältnis entlassen können. Das war meine Absicherung. Und so habe ich losgeschrieben.“

Aber die undichte Stelle, der couragierte, nicht-untertänige, ungehorsame Beamte, wurde nicht belobigt aufgrund seiner Zivilcourage, sondern er wurde von Leitung und Kollegen verfolgt und schikaniert. Stress und Ausgrenzung machten ihn krank. Viele wussten das und schwiegen – ein totalitäres Schweigen. Unterstützung in der Behörde erhielt Bixler nur wenig. Aber warum wurde das nicht aufgegriffen von den Gewerkschaften und den gewerkschaftlichen Akteuren in der Agentur selbst? Sie hätten doch (wie es in Frankreich geschah) diese Kritik an den offiziellen Darstellungen und an den Manipulationen der Statistiken unterstützen können. Stattdessen wurde der Verkünder der unzulässigen Wahrheit verfolgt und von einem Teil der Kollegen als Nestbeschmutzer beschimpft. Der Korpsgeist sah in ihm einen Verräter und Deserteur.

Drei Monate war Erwin Bixler krank. Dann, als er wieder an das Arbeitsamt Saarbrücken zurückkehrt, begann für ihn ein Spießrutenlauf. Zunächst wurde er an eine unangenehmere Stelle versetzt. Auch wurden seine dienstlichen Beurteilungen plötzlich schlecht, nachdem sie 20 Jahre immer sehr gut waren, was zu Gehaltseinbußen führte. Aber das Schlimmste sind indirekte Anfeindungen, wie dieser Brief eines Arbeitsamtsdirektors an die Mitarbeiter: „Entsetzt und wütend bin ich über die Penetranz und Hartnäckigkeit, mit der Herr Bixler, Mitarbeiter der Innenrevision im LRA, Landesarbeitsamt, für die Sauberkeit der Statistik kämpfte, und in welcher Art er in Berlin empfangen wurde. Empörend seine jetzigen larmoyanten Beteuerungen, um seine Dienstpflichten nicht zu verletzen hätte er diesen Weg, den ich als Denunziantentum bezeichne, wählen müssen.“

In diesen Monaten stand Erwin Bixler alleine da. Er hätte auch dringend professionelle Hilfe gebraucht, wie sie die Frankfurter Fairness-Stiftung bietet. Die Stiftung hilft Menschen dabei, illegale oder unethische Missstände aufzudecken. Viele Anrufer möchten anonym bleiben, weil sie Angst vor beruflichen Nachteilen haben. Doch es kommen neue Bixlers. So veröffentlichte die TAZ einen Bericht einer anonym bleibenden Mitarbeiterin einer Arbeitsagentur, die das Innenleben der ehemaligen Behörde und jetzigen Agentur mit beißender Kritik überzieht. Daraus einige kurze Ausschnitte:

Produktion von Parias - Bericht aus den Eingeweiden der Arbeitsagentur

„Was für ein glücklicher Tag für alle Arbeitslosen.“ Peter Hartz
Frau K. ist Beamtin, Anfang 60 und arbeitet in einer Arbeitsagentur in einem der

alten Bundesländer. Sie bleibt anonym.

Frage: „Sie haben angedeutet, dass sie zahllose schlechte Erfahrungen seit der Einführung von Hartz IV gemacht haben?“

Frau K. sagt heftig: „Nein, ich mache nicht zahllose, ich mache vor allem eine grundsätzliche, hässliche Erfahrung und das ist die der Würdelosigkeit. Die ist quasi schon per Gesetz so angelegt und zusätzlich wird sie dann noch durch schlecht qualifizierte Kollegen verschärft. Dem Arbeitslosen ist seine Würde aberkannt worden.“

Aber seit eine Reform nach der anderen durch die Behörde jagt, seit es immer mehr um die Verschönerung der Statistik geht, um betrügerische Manipulationen, siehe Jagoda usw., weht bei uns ein ganz anderer Wind. Heute ist es so, dass wir ganz unmittelbar zu Mittätern beim Sozialraub gemacht werden.

Ein kleiner Teil der Mitarbeiter ist hoch motiviert, der denkt trotz aller Belastung an die Leute draußen. Ein Hardliner in der Behörde, der kann diesen Übergangszustand nutzen für Härte und Strenge und zum Vorführen der Kunden – wir nennen die Arbeitslosen nämlich Kunden. Die wohlmeinenden unter den Kollegen können, in aller Stille, die gesetzlichen Vorschriften im Sinne des Kunden auslegen. Die Machtbefugnis ist erschreckend groß. Also der Punkt ist, und das muss man einfach sagen, der Charakter eines Mitarbeiters entscheidet unter Umständen über Leben und Tod, er kann einen Suizid auslösen. Er kann jemanden depressiv machen. Er hat die Macht, Schicksale zu erzeugen. Und der andere Punkt ist der Druck, unter dem diese ganze Angelegenheit steht, auch unter dem Druck, die Wahrheit zu verheimlichen. So entsteht ein scharfer Korporationsgeist, wie bei der Polizei, Kritik wird nicht geduldet. Das ist unerträglich.

Deshalb sehe ich natürlich jeden Tag rot, wenn so eine gewaltige Fehlentscheidung wie Hartz IV von uns Beamten durchgeboxt werden soll. Wir wissen genau, es gibt keine Arbeitsplätze, aber ich stehe unter dem Leistungsdruck, bestimmte Vermittlungszahlen, pro Vierteljahr, pro Halbjahr, pro Jahr zu erbringen. Achtzig Prozent der Arbeit, die wir täglich machen, geht in die Bewältigung von Verschlüsselung, in die Herstellung der Statistik.

Denn das eigentliche Unternehmensziel ist der Selbsterhalt der Behörde. Denn eigentlich macht sie primär eins: Sie macht Statistik. Ihr Auftrag ist eine positive Statistik zu produzieren. Und so wird sie ganz automatisch zu einer Maschine des Betrugs und des Selbstbetrugs. Mit einem riesigen Apparat an Personal, Material, Geld, Gebäuden, Kunden, Fragebögen, Akten kümmern wir uns energisch um die Verbesserung der Arbeitslosenstatistik.

Aber darüber darf nicht gesprochen werden, auch nicht intern, höchstens mal im kleinen Kollegenkreis, oder mal privat mit Kolleginnen, das grenzt nämlich an Hochverrat, und deshalb ist das Thema einfach tabu.“⁴⁴

Die Worte und Sätze, das alltägliche Erleben der deutschen Kollegin sind fast identisch mit den Beschreibungen von Fabienne Brutus in ihrem Buch über das Geheimnis der Erwerbslosigkeit.

Fazit: Die Lage in vielen Betrieben und Einrichtungen in Frankreich wie in Deutschland ist gut vergleichbar. Viele Beschäftigte haben Angst vor beruflichen Nachteilen, wenn sie einzeln vortreten. Hier müssen Gewerkschaften ihren Nutzen unter Beweis stellen. Darin versagen vor allem die deutschen Gewerkschaften, die die Kollegen in solchen Konflikten zumeist nicht unterstützen und ihnen nicht helfen, Missstände öffentlich zu machen, wäre es doch eine urgewerkschaftliche Aufgabe, den Ungehorsam der Beschäftigten zu fördern und selbst auch durch enthüllende Berichte solche Tatsachen und Ereignisse öffentlich zu machen. Dieser Unterschied zu den französischen Verhältnissen ist vor allem auch ein kultureller Unterschied, der sich aber verringern lässt. Wir brauchen soziale und gewerkschaftliche Organisationen, die gesellschaftlich denken und handeln und nicht Teil eines korporatistischen Cliquenverhaltens sind.

Gleichgültigkeit als Form asozialer Gesellschaftlichkeit:

Soziale Verantwortung und Rentabilität:

Im WDR lief ein Film mit dem Titel „Tödlicher Ausverkauf – wie Aids nach Asien kam“. Es ist vor allem ein Film über die Bayer AG, die Lagerbestände an aidsverseuchten Medikamenten besitzt und gewinnbringend leeren möchte. Die kapitalistische Verwertungslogik bringt hier Mitarbeiter in die Rolle von Komplizen in einem todbringenden Geschäft. Den gleichen Konflikt gibt es in Frankreich. Doch hier wird diese Handlungsweise öffentlich. Einige der verantwortlichen Manager und Leiter von Pharma-Instituten verweigern sich dieser Komplizenschaft. Es kommt zur öffentlichen Diskussion über die Praxis der Rentabilität um jeden Preis sowie über das Recht und die Verantwortung des Einzelnen, sich dem zu entziehen.

Verfügung gegen Real-Mitarbeiter (2006):

Die Supermarktkette Real hatte einem Mitarbeiter per einstweiliger Verfügung die Verbreitung von Videoaufnahmen zum Hackfleischskandal untersagt und gegen ihn arbeitsrechtliche Schritte eingeleitet. Vorher war bekannt geworden, dass in zwei Real-Märkten im Raum Hannover abgelaufenes Hackfleisch als frisch verkauft worden war. Diese Vorgänge hatte der Real-Mitarbeiter dadurch öffentlich gemacht, dass er Kollegen beim Neuverpacken und Etikettieren der Fleischprodukte mit einer versteckten Kamera filmte. Ferner hatten polnische Leiharbeiter aufgedeckt, dass in einer niedersächsischen Fleisch- und Wurstfabrik verdorbene und abgelaufene Produkte umverpackt und mit neuem Datum versehen worden sein sollen. Hier wurde das Haltbarkeitsdatum einfach um drei Wochen verlängert. Das ARD-Magazin Report Mainz hatte diesen Skandal ins Abendprogramm gebracht.

Was ist wohl mit den polnischen Kollegen passiert? Das Bundesverdienstkreuz haben sie ganz sicher nicht bekommen.

Reinigungskraft kämpft für Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen:

Nachdem der Reinigungsmann David Vega, der im Enrice Medical Center in Chi-

co (Kalifornien) arbeitet, dem Management ein Video zeigte, wurde er gefeuert. Das Video hatte Vega aufgenommen, um wiederholte Verstöße gegen Sicherheitsbestimmungen bei der Entsorgung von biologisch gefährlichen Abfällen zu dokumentieren, durch die Krankenhausangestellte und PatientInnen Risiken ausgesetzt werden.

Das Enrice Medical Center ist ein Non-Profit-Unternehmen und wird von einer Stiftung betrieben.

AWO-Pflegekräfte machen Betrug und Freiheitsberaubung öffentlich:

Anfang Januar 2004 gab es einen Skandal in einem großen psychiatrischen Krankenhaus in der Stadt Wittstock im Osten Deutschlands. Das schon während der DDR-Zeit existierende Haus wurde nach der Wende von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) fortgeführt. Die Konzeption des Hauses zielte auf eine zunehmende Integration der Bewohner in die Stadt ab und sollte so die Praxis der Verwahrung in der geschlossenen Anstalt, wie zu DDR-Zeiten existierte, überwinden. Dafür wurden Reformansätze aus der westlichen Psychiatrie übernommen und aus Westdeutschland kamen auch zwei Mitarbeiterinnen, die diese Konzeption umzusetzen versuchten. Offensichtlich gab es ein Belegungsproblem, das die AWO in eine finanzielle Krise geraten ließ. Die Leitung hatte sich darauf entschieden zu handeln. Da die Tagessätze in der Verwahrung bedeutend höher als bei der offenen Behandlung sind, wurde als neue Leitlinie ausgegeben, die Leute wieder in der Anstalt zu halten. Zwei der verantwortlichen westdeutschen Mitarbeiterinnen, die dieses Konzept entwickelt hatten, trugen dies jedoch nicht mit und kritisierten auch die Leitung. Darauf sprach die AWO die fristlose Kündigung aus, die auch durch den Personalrat und die Gewerkschaftssekretärin unterstützt wurde. Begründung: Das Offenlegen der Verantwortung der Krankenhausleitung habe die Arbeitsplätze des Hauses gefährdet. Dies wurde begleitet durch eine Kampagne gegen die Wessies, die die Verrückten auf die normalen Bewohner loslassen wollten.

Das ARD-Magazin Panorama machte die Sache bekannt und die einsetzenden Prozesse wurden zum öffentlichen Tribunal einer menschenverachtenden Betreuungspolitik. Die beiden gekündigten Mitarbeiterinnen bekamen Recht. Doch sind sie nicht wieder an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt.

„Die Jagd der Doris Kühn

Jedes Jahr gibt Berlin rund 1,8 Milliarden Euro für Sozialhilfe aus - und die Stadt ist pleite. Deshalb fahnden nun die Bezirksämter nach Sozialbetrügern. Ist der Kühlschrank wirklich kaputt? Arbeitet hier nicht einer schwarz? Besonders erfolgreich ist der Prüfdienst in Reinickendorf. Rund 800000 Euro spart der Bezirk pro Jahr durch seine Hausbesuche. Zwei Tage mit der Leiterin des Prüfdienstes auf Tour.

Bericht in der ver.di Gewerkschaftszeitung publik über eine wirklich staatsloyale Beamtin, die ihren öffentlichen Dienst erfüllt und fast Freude daran hat, Menschen sozial zu demütigen. Eine echte Staatsgewerkschafterin.

„Indizien: zu viele Zahnbürsten, Männerparfüm“

„Können Sie mal das Spiegelschränkchen aufmachen?“, flötet Doris Kühn im Badezimmer. Sie sucht Indizien: Rasierzeug? Zu viele Zahnbürsten? Männerparfüm? „Können Sie mal den Überwurf auf ihrem Bett zurückschlagen?“ Zum Vorschein kommen eine Decke und ein Kopfkissen - nichts deutet in der Wohnung auf einen Mann hin. Doris Kühn kontrolliert noch schnell T-Shirts und Hosen, die auf einem Wäscheständer hängen. „Mein Sohn ist groß, ich hab' nix zu verheimlichen“, sagt Frau Werner, schon leicht genervt.

Nun denn, Frau Werner ist offenbar sauber. Auf Wiedersehen. „Die waren ja relativ gut ausgestattet“, sagt Doris Kühn auf dem Weg die Treppe hinunter, „so ein Hertha-Trikot, wie der Sohn eins hat, ist ja sehr teuer, der Fernseher von Philips, die Musikanlage, 'ne Waschmaschine und eine Kühl-Gefrier-Kombination.“

Doris Kühn ärgert sich, und das „jeden Tag“. Über das „Anspruchsdenken“ von Menschen, denen kaum mehr als ein paar Möbel und Klamotten geblieben sind: „Ich muss ja auch arbeiten, bin acht Stunden im Dienst, zahle Steuern. Ich kann mir auch nicht alles leisten. Wenn bei mir was kaputt geht, dann repariere ich das. Warum machen diese Leute das nicht“, fragt sie, verständnislos, als sei ihr das Dasein des durchschnittlichen Sozialhilfeempfängers ein großes, nicht enden wollendes Rätsel. In ihrer Welt wimmelt es von Betrügern: kinderreiche Familien, die jedes Jahr wieder eine Baby-Erstausrüstung beantragen. Schlauköpfe, die eine neue Waschmaschine fordern und die alte im Keller verstecken, um sie zu verticken. Sparbücher und Autos, von denen das Amt nichts weiß: Die kriminelle Energie von Sozialhilfeempfängern scheint, nach einem Gespräch mit Doris Kühn, schier grenzenlos zu sein.

Da war zum Beispiel dieser schwarz arbeitende Bauarbeiter, den sie, Doris Kühn, enttarnt hat. Der Tip kam von dessen Nachbarin, der Mann bekomme Sozialhilfe, gehe aber jeden Morgen um sechs aus dem Haus, hieß es am Telefon. Passiert ständig, dass Leute anrufen und dem Amt Tips geben. Kühn ist dankbar für die Mithilfe gesetzestreuer Bürger. Im Bauarbeiter-Fall postierte sie sich frühmorgens an einer Bushaltestelle gegenüber dem Haus des Verdächtigen und folgte ihm in Bus und S-Bahn durch die halbe Stadt: „Der hatte Staub auf der Kleidung und stieg am Potsdamer Platz aus. Da war die Sache klar. Ich hab's dem Arbeitsamt gemeldet.“

Doris Kühn führt Statistik. Jede Kontrolle eine Nummer, jeder Fall eine Zeile in einer Computer-Tabelle. Was hätte der jeweilige Antrag den Bezirk gekostet, wäre er ungeprüft durchgegangen? Wie viel ist tatsächlich bewilligt worden? Wie hoch war die Einsparung? Und das Ganze in Prozent? Selbst geht sie nur noch selten raus. Eigentlich nur dann, wenn es knifflig wird. Oder Journalisten dabei sind. Obwohl ihr die Detektivarbeit ja „Spaß“ macht. Doch meist sitzt sie in ihrem Büro - Schreibtisch, Computer, Kopierer, Handwaschbecken, Gran-Canaria-Poster - und organisiert die täglichen Wege ihrer Mitarbeiter, die wie ihre Klienten, zumindest was die Beamtenlaufbahn betrifft, ganz unten angekommen sind: „Prüfdienst ist kein beliebter Job“, sagt Doris Kühn: „Das ist schon so eine Art Strafversetzung.“

Sie selbst sieht die Sache anders. Mittwochmorgen. Doris Kühn ist in ihrem Element. Unterwegs, um zu zeigen, dass betrogen wird. Mit einer schwarzen Ledermappe unter dem Arm arbeitet sie sich durch das Märkische Viertel, in dem sich ein trostloser Wohnblock an den anderen reiht. Regen, grauer Beton, die Ermittlungslaufzettel nehmen kein Ende. Herr Wörns will einen Staubsauger. „Ist der vorhandene Staubsauger gebrauchsfähig? Ist überhaupt Teppichboden vorhanden?“ Doris Kühn klingelt, Herr Wörns macht nicht auf. Der Prüfdienst war schon viermal da, nie macht Herr Wörns auf. „Da müssen wir mal rein“, sagt Doris Kühn, klingelt bei der Nachbarin.

Doris Kühn sagt jetzt lieber nicht, dass sie vom Sozialamt kommt. Sie denkt strategisch. Könnte ja sein, dass die Nachbarin mit Herrn Wörns unter einer Decke steckt. „Ich habe schon öfter versucht, Herrn Wörns zu erreichen, der ist aber nie da. Ist der vielleicht im Krankenhaus“, fragt Doris Kühn. „Nö, der ist abends immer da“, sagt die Nachbarin. „Ach, dann ist der vielleicht berufstätig“, fragt Doris Kühn sanft. „Das kann ich Ihnen nicht sagen“, antwortet die Nachbarin. Rückzug. Unten prüft Doris Kühn noch mal den Briefkasten von Herrn Wörns. Mal gucken, ob der auch regelmäßig geleert wird. „Fünfmal hier gewesen, nie angetroffen, das ist verdächtig.“⁵

Die ver.di-Publik verweigerte den Abdruck von Briefen empörter LeserInnen und GewerkschafterInnen, die später dann im labournet.de erschienen. Dieser Artikel vom 9. August 2002 ist der konkrete Ausdruck von Korporatismus und Komplizenschaft. Jede weitere Diskussion wurde in der Publik-Zeitung verhindert:

„Sehr geehrte Redaktion von ver.di publik,
über das Internet bin ich auf den oben genannten Bericht aufmerksam geworden. Ich habe nichts gegen realistische Reportagen aus der sozialen Wirklichkeit, aber wenn sich in den Ansichten und Praktiken eines Gewerkschaftsmitglieds wie Frau Kühn widerspiegeln sollte, wie man sich in der Gewerkschaft »Solidarität im neuen Format« vorstellt, dann wird mir Angst und Bange. Frau Kühn arbeitet zwar beim Sozialamt, aber von der Zielsetzung des Sozialgesetzbuchs, des Sozialhilferechts oder auch der Kinder- und Jugendhilfe scheint sie noch nie etwas gehört zu haben.

Sie fahndet nach Sozialbetrügern – auch das muss sein. Aber es ist doch ein Unterschied, ob ich jemanden bei der unangemeldeten Schwarzarbeit überführe oder ob ich selbst unangemeldet in Wohnungen und Privatsphären eindringe und manisch nach »Zweit«kissen, »Zweit«zahnbürsten und Herren-T-Shirts auf der Wäscheleine suche, obwohl es offenbar kaum stichhaltige Anhaltspunkte für eine eheähnliche Gemeinschaft gibt, ob ich Menschen in verschimmelten Wohnungen als »Schlitzohren« bezeichne und einer überforderten alleinerziehenden Mutter »Verletzung der Aufsichtspflicht« vorwerfe. Und diese Menschen sind beim überfallartigen Eindringen in ihre Wohnungen auch noch zottelig, verlottert, tragen schlappernde Kleidung, haben nicht aufgeräumt und sind gefährlich,

weil sie nichts mehr zu verlieren haben – da schimmert das Zerrbild des Untermenschen durch.

Frau Kühn ärgert sich über das Anspruchsdenken dieser Menschen und ist selbst voller Tatendrang. Vielleicht könnte man eine Lösung finden, die allen gerecht wird. Angesichts der Tatsache, dass Berlin zwar viele Sozialhilfeempfänger hat, aber noch mehr überzählige Angestellte im öffentlichen Dienst beschäftigt, und dass auch die Gewerkschaft neue Mitglieder braucht, schlage ich daher folgende Gesamtlösung vor:

Frau Kühn wird entlassen und von der Personal-Service Agentur für eine Entlohnung in Höhe ihres Arbeitslosengeldes als Haushälterin bei ihrem verehrten Sozialstadtrat angestellt, mit dem sie dann noch enger und eigenverantwortlich zusammenarbeiten kann. Sie bezieht die Wohnung von Herrn Meinhard, übernimmt die Matratze und repariert das schimmelige Badezimmer auf eigene Kosten mit Acryllack. Ehrenamtlich betätigt sie sich in der Schwangerenkonfliktberatung und erläutert schwangeren bedürftigen Frauen anhand ihres reichen Erfahrungsschatzes, wie lange diese mit der evtl. Aufzucht der Kinder ihrem ehemaligen Arbeitgeber auf der Tasche liegen würden und führt eine Statistik, wie viel – absolut und in Prozent – das ungeborene Kind den Bezirk gekostet hätte, wenn ...

Von den eingesparten Geldern könnte man überlegen, Frau Gabriels anzubieten, dass Frau Werner (die ja »sauber« ist) sie als regulär bezahlte Teilzeitarbeitskraft einige Monate als Familienhelferin unterstützt. Es reicht auch noch, um einmalig der ältesten Tochter von Frau Gabriels ein anständiges Jugendbett und den notwendigen Kleiderschrank zu verschaffen und den Umzug von Herrn Meinhard's Familie in eine passende Wohnung mit trockenem Badezimmer und neuem Kinderbett zu übernehmen. In den Folgemonaten könnte man aus dem eingesparten Geld Herrn Meinhard entsprechend seiner Qualifikation zusätzlich und befristet im öffentlichen Dienst beschäftigen. Er und Frau Werner wären darüber so erfreut, dass sie bei ver.di eintreten, und bei einem Treffen für Neumitglieder würde Herr Meinhard seine wunderschöne CD-Sammlung aus besseren Tagen zur Verfügung stellen. Und wenn sie nicht gestorben sind ...

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen

Helga Spindler“ (Nicht veröffentlichter Leserbrief)⁶

„Nach 30 Stunden wird der Patient zum Feind“

Mut zum Selbsthandeln in Verbindung mit einer zunehmenden sozialen Dynamik läßt sich auch hier im Lande beobachten, z.B. im Gesundheitswesen:

Was die prekäre Arbeitssituation für Beschäftigte und Patienten bedeutet, hat der Arzt Dr. Priesack auf dem Ärztetag 2001 so formuliert: „Nach 30 Stunden wird der Patient zum Feind“. Doch diese großen Trennungen des Arbeitsalltags wecken auch den Wunsch nach praktischer Aufhebung dieses perversen Zustands.

Er entsteht aus den Einblicken in den Alltag und aus sozialer Verantwortung. Und es braucht auch Zivilcourage, um die Missstände anzuprangern. Mit einem Beitrag

auf dem Ärztetag 2001 wagte Wolfhart Priesack diesen Schritt. Unter dem Tagesordnungspunkt „Ausbeutung der Ärztinnen und Ärzte im Krankenhaus“ brach er das Schweigen über die unhaltbaren Zustände im Gesundheitswesen und sorgte dafür, dass ein Krankenhaus und seine Beschäftigten aus einem Betriebsgeheimnis ein Politikum machten. Sie offenbarten so eine Realität, die nicht Einzelfälle darstellt, sondern alltägliches Erleben in Tausenden von Kliniken. Der Marburger Bund Hessen erklärte sich solidarisch mit Priesack, der als Oberarzt und Stellvertreter des Chefarztes der Chirurgischen Abteilung im Städtischen Krankenhaus in Kiel arbeitet.

Mit einer Klage vor dem Arbeitsgericht zur Anerkennung seines Rufbereitschaftsdienstes als Arbeitszeit hatte sich Wolfhart Priesack möglicherweise zusätzlich beim Arbeitgeber unbeliebt gemacht.

Während des Urlaubs seines Chefs hatte er gegenüber der Krankenhausleitung schriftlich erklärt, dass angesichts der angespannten Personallage eine ordnungsgemäße Krankenversorgung nicht möglich sei und war daraufhin von seiner Leitungsfunktion entbunden worden. Über diese Wild-West-Methode dabei gibt es widersprüchliche Darstellungen.⁷

Einen Beitrag zu dieser positiven Skandalisierung leisteten auch Cora Jacoby, Ärztin aus Berlin bei Vivantes und Volker Gernhardt, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender und kritischer Gewerkschafter von Vivantes in Berlin. Auch die mutige Altenpflegerin Brigitte Heinisch, ebenfalls von Vivantes, hat hier ihren Beitrag geleistet. Diese Konflikte haben deutlich gemacht, dass die betroffenen Betriebe ihrer gesellschaftliche Verantwortung nicht mehr gerecht werden. Ein Arzt, der übermüdet ist, unterscheidet sich in nichts von dem Fernfahrer, der übermüdet am Steuer sitzt und die Öffentlichkeit genauso gefährdet wie der Arzt den Patienten. Es wurde auch deutlich, dass couragierte und engagierte Menschen das Risiko eingehen, für ihr soziales Verhalten mit Entlassungen, Kündigungen oder Abmahnungen bedroht zu werden. Erwartet wird eine Loyalität, die menschliche und soziale Verantwortungslosigkeit in Kauf nimmt.

Werfen wir einen Blick auf die Zustände in den Krankenhäusern vor den großen Streikbewegungen 2005/2006:

Die Sozialisation der Angst beginnt bei Ärzten schon im Studium. Protest gegen Missstände, gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen wird kaum laut geäußert. Von daher ist das laute Aussprechen dieses Unbehagens eine Gefährdung der eigenen sozialen Existenz bzw. der Karriere.

Cora Jacoby, 1995, seit 8 Jahren Ärztin der Onkologie im Berliner Krankenhaus Neukölln, hatte bei einer Fernsehdiskussion unter anderem darüber berichtet, dass Patienten wegen Überfüllung des Krankenhauses auf Fluren liegen mussten und vorzeitig entlassen wurden. Die Krankenhausleitung reagierte mit fristloser Kündigung, suspendierte sie vom Dienst und erteilte Hausverbot. Jacoby zog vor Gericht und gewann. Zahlreiche Schwestern, Pfleger, Ärzte und vor allem Patienten unterstützten sie und demonstrierten vor den Gerichtsterminen. Der Richter begründete schließlich das Urteil am 20. Dezember damit, dass das Recht auf Meinungsfreiheit

auch Erfahrungsberichte aus dem Alltag einschlieÙe.

Cora Jacoby ging auch an die Öffentlichkeit, als in einem Klinikum des Vivantes-Konzerns ein Patient verschwand, vergessen und dann tot aufgefunden wurde. Die Ärztin, die auch Mitglied der Ärztekammer in Berlin ist, benannte Gründe für die unhaltbaren Zustände: „Der Tod dieses Patienten ist ein echter Skandal“, sagt die Ärztin Cora Jacoby, „es passiert oft, dass Patienten in einer Klinik verschwinden. Aber bislang haben wir sie immer gefunden.“ Cora riskiert mit dieser Stellungnahme eine Reaktion der Leitung von Vivantes. Denn diese will nicht, dass sich die Mitarbeiter öffentlich äußern. Ihrer Meinung nach führten zwei Faktoren zu dem Unglück: „Personalknappheit und Privatisierung. Technische Dienste werden nur noch an Firmen von außen vergeben. Dauernd laufen fremde Leute durchs Haus. Wir haben die Kontrolle darüber verloren, ob die sicherheitsrelevanten Bereiche verschlossen sind.“ Seit 19 Jahren arbeitet Cora Jacoby in der Klinik. Sie sagt, früher habe sie jeden Techniker gekannt. „Früher waren nachts auf jeder Station drei Schwestern, heute ist auf vielen nur noch eine im Dienst. Wenn die dann gerade bei einem Patienten ist, merkt sie nicht, wenn jemand verschwindet.“ Es ist 17 Uhr. Cora Jacoby macht ihre erste Pause. Um acht Uhr fing ihre Schicht an. Sie arbeitet auf der Station für Krebskranke, doch am Wochenende ist sie noch für eine weitere Station sowie für die Rettungsstelle zuständig.⁸

In die gleiche Richtung geht auch die Geschichte mit der Kündigung der Berliner Altenpflegerin Brigitte Heinisch, die die Arbeitsbedingungen und Zustände im Altenheim von Vivantes in Berlin nicht mehr ertragen mochte. Sie versuchte, mit Überlastungsanzeigen auf die Situation aufmerksam zu machen und informierte die Leitung des Seniorenheims. Doch nichts änderte sich. Die Altenpflegerin wurde krank. Darauf machte sie die Zustände öffentlich. Die Verantwortlichen reagierten wie im Fall Cora Jacobys mit fristloser Kündigung wegen Verleumdung. Es war nicht leicht für die mutige Pflegerin, eine breite Unterstützung zu bekommen. Der Betriebsrat selbst verhinderte, dass über diese Geschichte in der Betriebszeitung berichtet wurde. Auch Leserbriefe an dieselbe Zeitung durften nicht veröffentlicht werden. Ver.di als gewerkschaftliche Vertretung ist hin- und hergerissen. Einer der obersten Verantwortlichen der Gewerkschaften ist selbst Arbeitsdirektor dieses großen Krankenhauskonzerns.

Trotz aller Schwierigkeiten bleiben die Vorgänge und Zustände im Gesundheitswesen nicht mehr geheim. Eine Minderheit der Beschäftigten lässt sich das Wort nicht mehr verbieten.

Lehrreich ist an dieser Berliner Erfahrung: Trotz der Kritiken, der öffentlichen Beschwerden über die Zustände gerade bei Vivantes seit mehreren Jahren hat sich bis heute nichts grundlegend geändert. Das bestätigte vor kurzem der Bericht einer medizinischen Kontrollkommission, der in der *Berliner Zeitung* im Juli 2006 veröffentlicht wurde. Das Ergebnis ist auch kein gutes Zeugnis für den Betriebsrat, der die Beschwerden der Beschäftigten stärker aufnehmen und auf Abhilfe drängen müsste. Gleichzeitig zeigt es aber auch, dass die bisherigen

Aktionen der Beschäftigten nicht ausreicht haben, um die Verhältnisse zu ändern.

V: Ausblick - Soziale Transformation und Organisation

Kommt es von ungefähr, dass sich seit 1995 gerade in Frankreich neue Formen von sozialer Organisation gebildet haben, die die Fragen nach sozialer Nützlichkeit, nach sozialer Sicherheit und nach den Auswirkungen der Tätigkeit des Einzelnen auf die Gesellschaft insgesamt stellen und zu einem wichtigen Punkt ihrer gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Tätigkeit nehmen?

Ein derartiges Verständnis gewerkschaftlicher Arbeit läßt sich auch als Prozess sozialer Transformation begreifen, in dem sich die abhängig Beschäftigten nicht mehr gleichgültig verhalten zum Inhalt ihrer Tätigkeit und ihrer Folgen, sondern Ansprüche aus der Gesellschaft aufnehmen und eigene Ansprüche an ihre Arbeit stellen. Sie verhalten sich so nicht mehr als Lohnarbeiter, sondern als gesellschaftliche Produzenten. Ausgerüstet mit dem praktischen Wissen, das sie täglich für die Produktion und Reproduktion der Gesellschaft brauchen, entwickeln sie so neue Wege zu einer anderen menschenwürdigeren Praxis, deren vollständige Verwirklichung über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweist.

Kommt es von ungefähr, dass die Bauern der *Confédération paysanne* um José Bové deshalb so populär sind, weil sie halt auch eine praktische Kritik dieser Verhältnisse versuchen und in ihren Aktionen offen zum sozialen Ungehorsam und zu direkten Aktionen gegen unerträgliche Zustände aufrufen?

Sie wollen eine andere bäuerliche Landwirtschaft praktizieren, die das Verhältnis zur Natur, zu den Tieren und auch unter den Produzenten und zwischen den Produzenten und den Konsumenten transformiert. Das kritisierte Gegenmodell dieses gesellschaftlich verantwortungsvollen Verhaltens verkörpern Kapitalisten wie der Manager von Monsanto, der im Film „*We feed the world*“ unumwunden zugibt, dass er niemals die von ihm verantwortlich produzierten Auberginen essen würde. Die gleiche asoziale gesellschaftliche Logik drückt sich im Verhalten von Bauern aus, die einerseits Fleisch für den Markt produzieren und daneben noch ihre eigene familiäre Fleischproduktion halten, da sie das, was sie ihren Kunden anbieten für ungenießbar halten.

Von daher drückt heute der Widerstand der ProduzentInnen, egal ob in den Krankenhäusern oder Altenheimen, in den Chemieunternehmen, im öffentlichen Transport oder in der Fleisch- und Nahrungsmittelproduktion, die Suche nach authentischem Arbeiten, Forschen und Leben aus, das nicht auf Kosten anderer geschieht, das gesellschaftlich nützlich ist und auch bei dem Produzierenden Zufriedenheit schafft.

Diese Praktiken, die sich zum Beispiel in Frankreich in einigen Bereichen entwickeln, – gefördert von den seit 1995 sich entwickelnden Basisgewerkschaften wie SUD-Solidaires, aber heutzutage auch viel weitere Kreise ziehend – verändern die beteiligten Akteure und schaffen Grundlagen für eine soziale Transformationsbe-

wegung, in der eine neue solidarische und spontan-kooperative Gesellschaftlichkeit sich entfaltet. Konkreter Ausdruck dieser neuen gesellschaftlichen Transformationsbewegung im europäischen Raum war und ist aber gerade der Larzac. Dieser Name, dieser Begriff bzw. Ort, steht für eine andere Realität, für eine Ökonomie des Lebens, wie die Bewohner sagen würden. In dieser Ökonomie wird es zum allgemeinen Bedürfnis der Menschen, der Produzenten, etwas Nützliches zu tun, lieber bescheidener zu leben, aber dennoch im Verhältnis untereinander, zur Natur anders zu handeln. Sie sind Subjekte, die auch im realen Alltag anders, richtiger versuchen zu leben, wie Peter Brückner es ausdrücken würde.

Dieser Prozess braucht Gewerkschaften, die aber ihre Fixierung auf die Erhaltung der Lohnarbeit überwinden und ihre Rolle in der Gesellschaft neu definieren. Wie das aussehen kann, beschreibt der folgende Reisebericht, den ein deutscher Teilnehmer nach ausführlichen Diskussionen mit GewerkschafterInnen der SUD in Frankreich niedergeschrieben hat:

„Zu (nicht nur) meiner großen Überraschung jedoch präsentierten sich die Sud-Gewerkschaften als Interessenverbände von Lohnabhängigen, die sich nicht auf ihre Rolle als Lohnabhängige reduzieren (lassen) oder zurückziehen, sondern die sich als gesellschaftliche Produzenten begreifen, als Produzenten, die sich dem gesellschaftlichen Nutzen ihrer Arbeit, den Bedürfnissen ihrer Konsumenten oder Nutzer verpflichtet fühlen. Nicht im Sinne einer »Kundenorientierung«, die nur an zahlungsfähigen Käufern interessiert ist, sondern im Sinne des Nutzens für eine größtmögliche Zahl von Menschen, gerade auch der ärmsten und bedürftigsten, im Interesse ihrer individuellen Entwicklung und sozialen Gleichachtung.

Sud Education (www.sudeducation.org) versteht sich denn auch nicht als »Lehrgewerkschaft«, sondern als Organisation von Bildungsarbeitern, vom Hausmeister bis zum Professor, von der Vorschule bis zur Universität. Sie verteidigt das einheitliche, weltliche und kostenlose Schulsystem gegen die drohende Unterwerfung unter wirtschaftliche Interessen und Konkurrenzzwänge (»Nein zur neoliberalen Schule«, »Bildung ist keine Ware«) und vertritt ein emanzipatorisches Bildungskonzept, auch gegen die Tradition des »rigiden, zentralistischen Jakobinismus«. Sud Rail (www.sudrailprg.free.fr) tritt ein für den Ausbau eines gemischten öffentlichen Verkehrssystems und strebt eine gewerkschaftliche Föderation des gesamten Transportsektors an, von Taxi- und Lkw-Fahrern über Bus- und Bahnpersonal bis zu den Piloten. Aktuell kämpft sie gegen die Aufspaltung der Bahn als Vorbereitung für die Privatisierung ihrer profitablen Teilbereiche. Sie propagiert die Zusammenarbeit mit Konsumentenassoziationen und hat Ansätze gemeinsamer Organisation von Produzenten und Nutzern entwickelt. Sud Chimie (www.sudpharma.chez.tiscali.fr) attackiert – unter Losungen wie »Gesundheit ist keine Ware« oder »Nützlich produzieren im Dienste der Menschen« – die »Profitlogik« der Pharmakonzerne. Sie führt zur Zeit eine Kampagne gegen die Stilllegungspläne in der Pharmaindustrie und für die Entwicklung und Produktion von Medikamenten vor allem für den Bedarf in den

armen Ländern (gegen HIV u.ä.; siehe <www.lapetition.com>).

Exemplarisch ist die Geschichte von Sud Ptt (<www.sudptt.fr>), Vorbild und Mentor aller weiteren Sud-Gewerkschaften. Kaum gegründet, sah sie sich mit einer »Postreform« konfrontiert, die die Umwandlung der staatlichen Gesellschaft, einer wenig nutzerfreundlichen Art Behörde mit Monopolpreisen, in zwei rein kommerzielle Dienstleistungsunternehmen – La Poste und France Télécom – zum Inhalt hatte und die spätere Privatisierung vorbereiten sollte. Während die CFDT die Reform als fällige Modernisierung begrüßte, gefiel sich die CGT in einer rein defensiven Strategie der Verweigerung und Besitzstandswahrung. Beide Positionen markieren die Grenzen, innerhalb derer sich herkömmliche Gewerkschaftspolitik bewegt, als Auseinandersetzung zwischen »Modernisierern« und »Traditionalisten«. Für Sud Ptt bedrohten beide Positionen die Zukunft des öffentlichen Dienstes – die der CFDT, weil sie unter dem Vorwand der Modernisierung und Kundenorientierung seine Verwandlung in ein Anlagefeld des privaten Kapitals betrieb; die der CGT, weil sie ein bürokratisches Staatsmonopol mit all seinen Missständen verteidigte. Sud Ptt argumentierte: Die öffentlichen Dienste, wie Post und Telekommunikation, aber auch Bildungs- und Gesundheitswesen, öffentliche Verkehrsmittel, Energieversorgung u.a.m., sind zivilisatorische Errungenschaften, die allen Gesellschaftsmitgliedern zur Verfügung stehen müssen. Diese Aufgabe verbietet es, sie den Rentabilitätsgesetzen des Marktes zu unterwerfen, die Dienstleistung zur profitablen Ware zu machen und ihre Nutzer auf die zahlungskräftig(st)en Kunden zu reduzieren. Sie verbietet es aber auch, die öffentlichen Dienste so zu verteidigen, wie sie sind. Um sie zu verteidigen, muss man sie erneuern und beleben – nicht durch ihre Kommerzialisierung und Privatisierung, sondern durch das Bündnis von Beschäftigten und Nutzern. Auf dieser Linie führte die Sud Ptt die inhaltliche Auseinandersetzung mit allen Argumenten der Reformbefürworter, organisierte Diskussionen zwischen Beschäftigten und Nutzern, mobilisierte in den verschiedenen Streikbewegungen. Sie war damit – wie auch mit ihrer absoluten Verpflichtung auf basisdemokratische Entscheidungen (z.B. in täglichen Streikvollversammlungen) und mit ihrer unermüdlichen Informationsarbeit – so erfolgreich, dass sie innerhalb von zehn Jahren bei der Post zur zweitstärksten Gewerkschaft nach der CGT aufstieg und bei der Telekom mit dieser sogar gleichzog.

Die Orientierung der Sud-Gewerkschaften auf den gesellschaftlichen Bedarf und den Nutzen ihrer Arbeit ist ebenso schlicht und einleuchtend wie ungewöhnlich. Im traditionellen Selbstverständnis sind Gewerkschaften ausschließlich Interessenverbände von Lohnabhängigen, die mit den (privaten oder staatlichen) Unternehmen um Preis und Nutzungsbedingungen der Arbeitskraft ringen (»Schutzfunktion«). Die jeweilige gesellschaftliche Rolle der Lohnarbeit liegt (abgesehen von der allgemeinen Bestimmung, »werteschaffende Tätigkeit« zu sein) außerhalb dieses Horizonts. Die Beziehung zu den Nutzern, seien sie Verbraucher oder selbst Produzenten, gilt allein als Sache der Unternehmen, gegebenenfalls noch staatlicher Auflagen und Aufsicht, soweit Interessen der

Allgemeinheit berührt sind. Die konkrete Arbeit interessiert nur als Gegenstand der Betriebsorganisation und der Lohndifferenzierung; ansonsten liefert sie die Abgrenzungskriterien der Gewerkschaften untereinander. Der traditionelle Syndikalismus betrachtet das Kapitalverhältnis als seine Existenzbedingung und die Gesellschaft als etwas ihm Äußerliches, als abstrakt-übergeordneten Zusammenhang, »in dem« man halt lebt. Er stellt Ansprüche an die Gesellschaft, repräsentiert durch den Staat, aber er denkt nicht daran, im Namen der Gesellschaft Ansprüche an die eigene Arbeit zu stellen. Der Typ Syndikalismus, den die Sud-Gewerkschaften repräsentieren, betrachtet umgekehrt die Gesellschaft als praktischen Zusammenhang der Menschen, in dem die Lohnabhängigen nicht nur Objekte, sondern zugleich tätige Subjekte, gesellschaftliche Produzenten sind und in dieser Eigenschaft das Kapitalverhältnis und die es schützende Politik als Hindernis, als »Ballast« (Gramsci) erleben.“⁹

ANMERKUNGEN

- 1 www.basisbetriebsraete.de
- 2 Berliner Zeitung, 21. Juni 2006
- 3 Jungle World, 5. Juli 2006
- 4 Taz vom 29.8.05:
- 5 Ver.di – Publik, 9. August 2002, monatlich erscheinende gewerkschaftliche Mitgliederzeitung
- 6 www.labournet.de
- 7 Ärzte Zeitung, 20.02.2002
- 8 Berliner Zeitung vom 18. Juni 2006
- 9 Werner Imhof: Die soziale Transformation en marche - aber wohin?, express 4/02

LITERATUR

- BOURDIEU, PIERRE: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz 1998
- BRUTUS, FABIENNE: Chomage, des secrets bien gardés. La vérité sur l'ANPE, Paris 2006
- COUPÉ, ANNICK: Sud - syndicalement incorrect, Edition Syllepse, 1999
- FORUM ELTERN SCHULE [Hg]: Frankreich 2003. Die soziale Transformation en marche - aber wohin?, Reisebericht 2003
- HÜRTGEN, STEFANIE: "Gestaltung des Anpassungsdrucks", Rückkehr zu bewährter Gewerkschaftspolitik oder Kampf um soziale Transformation? Prokla 130
- Massenstreik und soziale Revolte in Frankreich. Schwerpunktheft der Zeitschrift "Die Aktion", Heft 148-151, Ausgabe 1/1996, Edition Nautilus